

Wirtschaftspolitische Informationen



Wirtschaft
Technologie | Vorstand
Umwelt

Aktuelle wirtschafts-, technologie- und umweltpolitische Themen

Nr. 01 / 24. Februar 2009

Kurz und bündig

In der Wirtschaftskrise muss der Staat helfen.

Erstens tragen jetzt die Regierungen die Verantwortung, die Nachfrage nach Industriegütern und Dienstleistungen wieder in Gang zu bringen. Mit einer antizyklischen Ausgabenpolitik, die Nachfrage schafft, muss der Staat Signale setzen.

Zweitens muss er helfen, die Kreditvergabe wieder in Gang zu bringen.

- Im letzten Quartal 2008 haben per saldo 37 Prozent der Banken den Unternehmen den Zugang zu Krediten erschwert.
- Trotz staatlicher Garantien kommt die Kreditvergabe an die Unternehmen nicht in Schwung. Sobald ein Loch in den Bankbilanzen gestopft ist, klafft das nächste.

Unter dem Stichwort „Bad Bank“ wird seit Wochen über neue Lösungen nachgedacht. Aber die Bad Bank ist ein Umding: die Steuerzahler müssten alle Risiken zahlen.

- Die verschiedensten Variationen von „schlechten Banken“ sind im Gespräch. Wir stellen die Alternativen vor.
- Entscheidend ist: Es darf kein „Giftmüllendlager“ beim Staat geben. Kurzfristige Hilfe ist in Ordnung, aber langfristig müssen die Banken für die Verluste selbst gerade stehen.

Verstaatlichung ist in vielen Fällen die bessere Lösung oder bereits Tatsache:

Der Staat als Eigentümer muss dann aber auch Verantwortung übernehmen, dass die Zockerei in Banken mit öffentlicher Beteiligung ein Ende hat. Er muss Grundsätze und Prinzipien festlegen, an die sich die Banken im öffentlichen Eigentum halten müssen.

Autorin: Dr. Margit Köppen

Finanzmarktstabilisierung Bad Bank geht gar nicht. – Wo der Staat Geld gibt, soll er auch Einfluss nehmen!

Die Rezession hat die ganze Welt erfasst. Einfache Lösungen zur Krisenbewältigung gibt es nicht. Wege aus einer so tiefen Krise müssen auf ganz verschiedenen Ebenen ansetzen. Eine Grundvoraussetzung für die wirtschaftliche Erholung ist die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte und der Banken. Dazu hat die IG Metall Forderungen für eine globale Regulierung der Finanzmärkte (Wirtschaft aktuell 20/2008) entwickelt. Neben internationalen Regeln muss aber auch das deutsche Bankensystem stabilisiert und die Kreditversorgung der Wirtschaft gesichert werden. Der Staat muss auch hier handeln. Garantien in Milliardenhöhe reichen offensichtlich nicht aus. „Bad Banks“, bei denen der Staat das volle Risiko zu tragen hat, lehnt die IG Metall ab. Wer direkte Kapitalspritzen beantragt, soll seine Aktien gleich mitbringen. Der Staat als Eigentümer ist auch für die Korrektur des gescheiterten Geschäftsmodells der Banken verantwortlich

Konjunkturprogramme müssen die Wirtschaft in Gang bringen

Seit Januar 2009 ist die Finanzkrise mit voller Wucht in der Industrie angekommen. Die Industrieproduktion ist eingebrochen. Schnelle und einfache Wege zur Lösung der Krise sind leider Illusion. Jahrelange Fehlentwicklungen auf unkontrollierten Finanzmärkten, Globalisierung der Ökonomie ohne globale soziale Regeln, Umverteilung und Sozialabbau, einseitige Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft und aufgelaufene Strukturprobleme von Branchen lassen sich nicht im Handumdrehen korrigieren.

Dennoch und gerade deshalb sind im Moment schnelle und wirksame Sofortprogramme angesagt.

Da sind zunächst einmal die Konjunkturpakete. Dass der Staat jetzt Geld ausgibt, ist unumgänglich. Weltweit bricht die private Nachfrage zusammen. 2009 wird das erste Jahr sein, in dem die Weltwirtschaft nicht mehr wächst. Damit Produktion und Beschäftigung nicht erst lange schrumpfen, tragen die Regierungen die Verantwortung, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu stabilisieren.

Ein zweites Problem ist das Finanzsystem. Die Kreditvergabe stockt. Kreditkonditionen werden immer schlechter. Konjunkturpakete allein sind deshalb nicht genug. Auch das Kreditsystem muss wieder in Gang gebracht werden.

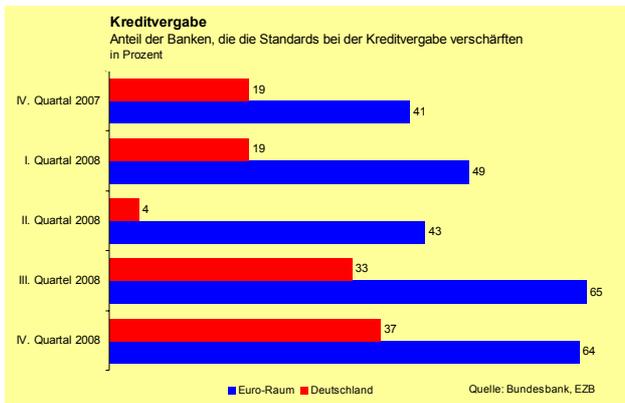


Ohne Kredit läuft die Wirtschaft nicht

Seit langem haben Unternehmen in den USA und Europa große Schwierigkeiten, Geld aufzutreiben. Inzwischen bestätigt die Umfrage der Europäischen Zentralbank bei den Banken (Bank Lending Survey), dass sich die Kreditkonditionen auch für deutsche Unternehmen verschlechtert haben.

Schon zwischen Juli und Oktober 2008 ist der Indikator (Saldo verschärfte Standards minus gelockerte Standards) für die Kreditvergabe an Unternehmen von 4 Prozent (=leicht verschärft) auf 33 Prozent (=stark verschärft) hochgesprungen. Im letzten Quartal 2008 haben per saldo sogar schon 37 Prozent der Banken den Unternehmen den Zugang zu Krediten erschwert. Grund ist nach Angabe der Banken vor allem die Verschlechterung der Konjunkturaussichten.

Noch haben die deutschen Unternehmen allerdings deutlich leichter Zugang zu Krediten als im übrigen Euroraum.



Schuld an der Kreditklemme ist die auf US-Hypotheken oder sonstige Forderungen aufgebaute Pyramide von sogenannten Schrottpapieren, die tiefe Löcher in die Aktivseite der Bankbilanzen gefressen haben.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) schätzt, dass Banken auf verbrieft Wertpapiere und US-Kredite weltweit 2,2 Billionen US-Dollar abschreiben müssen. Von dieser Summe sind, laut Schätzungen 1,1 Billionen Dollar an Verlusten bereits realisiert. Noch rund eine Billion US-Dollar Abschreibungen stehen dem Bankensystem also bevor. Weil die Banken ihr angefressenes Eigenkapital von den Aktionären nicht aufgefüllt bekommen, droht einigen die bilanzielle Überschuldung. Der IWF befürchtet eine Kapitallücke von 500 Milliarden Dollar allein in den USA und Europa.

Die Folge: Wenn sich das Eigenkapital infolge von Verlusten aus der Krise reduziert, müssen die Ausleihungen zurückgenommen werden. Denn die Banken müssen ein bestimmtes Verhältnis von Kreditvergabe zu Eigenkapital aufrecht erhalten. Inzwischen haben sich die G20-Unterhändler zwar darauf geeinigt, dass die zyklischen Eigenkapitalvorschriften von Basel II überarbeitet werden sollen, aber das dauert noch eine Weile und hilft nicht sofort.

Was ist die Kernkapitalquote?

Die Aufsichtsbehörden gewichten die Forderungen einer Bank mit dem Ausfallrisiko. Für diese risikogewichteten Aktiva muss die Bank sogenanntes „Kernkapital“ auf die hohe Kante legen. Das ist jener Teil des Eigenkapitals, der der Bank unverrückbar gehört, nämlich das Eigenkapital und die Gewinnrücklagen. Wegen der vielen in den Bankaktiva versteckten Giftpapiere fordern Investoren, die den Banken frisches Eigenkapital oder Kredite zur Verfügung stellen sollen, immer höhere Kernkapitalquoten. Zehn Prozent und mehr sind heute die Regel.

Das Dilemma ist perfekt: einerseits führt der Schrottberg zu immer höheren Abschreibungen und Verlusten, die das Kernkapital anfressen; andererseits fordern mögliche Investoren immer höhere Kernkapitalquoten.

Rettungspakete weltweit

Um Bankpleiten zu verhindern, haben Regierungen seit Ausbruch der Finanzkrise Banken abgesichert und mit Kapitalhilfe versorgt.

Staatspaket, gesamt	Bank	Kapitalhilfen	Garantien
<p>506 Mrd. € Oktober 2008</p> <p>Im Gegenzug für die Kapitalpritzen hat der Staat Vorzugsaktien und Optionscheine der Banken bekommen</p> <p>In einer ersten Tranche sollen 181 Mrd. € an die Banken vergeben werden</p> <p>Weiteres Paket in Planung</p> <p>USA</p>	Goldman Sachs	8,0 Mrd. €	
	Morgan Stanley	8,0 Mrd. €	
	JP Morgan Chase	20,0 Mrd. €	
	Wells Fargo	20,0 Mrd. €	
	Merrill Lynch	8,0 Mrd. €	
	State Street	1,6 Mrd. €	
	Bank of America	19,4 Mrd. €	
	Bank of New York Mellon	2,4 Mrd. €	
	Citigroup	34,4 Mrd. €	240,3 Mrd. €

Das 480 Milliarden Euro-Rettungspaket der deutschen Bundesregierung wird über den Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) abgewickelt. Es umfasst einen Garantierahmen von 400 Milliarden Euro und 80 Milliarden Euro für Kapitalspritzen oder Übernahmen fauler Wertpapiere.

In Anspruch genommen hat das staatliche Angebot bisher vor allem die marode Hypo Real Estate und die Commerzbank.

Staatspaket, gesamt	Bank	Kapitalhilfen	Garantien
<p>480 Mrd. € verwaltet vom Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung</p> <p>80 Mrd. €</p> <p>400 Mrd. €</p> <p>Deutschland (SoFFin)</p>	Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin)		
	HSH Nordbank	30 Mrd. € von SoFFin	
	Hypo Real Estate	42 Mrd. € in zwei Schritten (12 Mrd. € im November, 30 Mrd. € im Januar) von SoFFin + 50 Mrd. € Liquiditätslinie im Okt. 2008 (Regierung, Bundesbank, Finanzkonsortium)	
	Commerzbank	8,2 Mrd. € + 10 Mrd. € dafür bekam der Staat 25% der Anteile plus 1 Aktie	15 Mrd. € von SoFFin
	Bayern LB	10 Mrd. € von Bayern	
		15 Mrd. € von SoFFin + 4,8 Mrd. € Rettungsschirm	
	Sonstige Rettungshilfen		
	IKB	11 Mrd. € Einlagen Bund	
	WestLB	2 Mrd. € von Sparkassen- und Landschaftsverbänden	
	LBBW	5 Mrd. € vom Land NRW und Eigentümern	
SachsenLB	5 Mrd. € Träger		
	2,75 Mrd. € vom Land Sachsen + 17,3 Mrd. € Rettungsschirm der Sparkassen Finanzgruppe Sachsen		

Bis zum Jahresende 2008 haben 15 Banken Hilfen aus dem Rettungsfonds beantragt. Der SoFFin hat vor allem Bürgschaften mit einem Volumen von mehr als 90 Milliarden Euro zugesagt. Nutznießer sind unter anderem

die Hypo Real Estate (45 Milliarden), die Bayern LB (15 Milliarden), die HSH Nordbank (30 Milliarden) und die IKB (5 Milliarden).

Die Commerzbank hatte 1,2 Milliarden Euro in Subprime-Papieren investiert und muss fast 800 Millionen Euro abschreiben. Sie bekommt jetzt Garantien und insgesamt 18,2 Milliarden Euro Eigenkapital aus dem SoF-Fin. Damit hält der Staat künftig mehr als die Hälfte des Kapitals der Commerzbank.

Trotz staatlicher Garantien kommt diesseits und jenseits des Atlantiks die Kreditvergabe an die Unternehmen nicht in Schwung.

Das Problem: in der sich verschärfenden Krise zeigen sich lauter neue Löcher in den Bankbilanzen. Sobald eines gestopft ist, klappt das nächste. Die Banken verwenden die Staatshilfe, um ihre Bilanzen zu verbessern, aber sie fangen nicht an, wieder Geld zu verleihen. Zumindest nicht genug.

Die Bad Bank ist - vorerst - vom Tisch

Wer kann helfen: immer wieder nur der Staat. Dabei probieren die Regierungen unterschiedliche Wege. In den USA wurde zunächst eine Bad Bank diskutiert, die den Geldinstituten ihre Giftpapiere vorläufig abkauft. Aber, wie es aussieht, rückt man auch dort von der Idee ab.

Was ist eine Bad Bank?

Eine staatliche Bad Bank übernimmt ausfallgefährdete Geldanlagen – zum Beispiel Kredite oder Derivate – von einer oder mehreren Banken. Anschliessend sorgt sie dafür, dass die Anlagen noch so viel wie möglich am Markt abwerfen. Die Banken können auf diese Weise ihre Bilanzen um den Giftmüll bereinigen und so das Vertrauen des Kapitalmarkts zurückgewinnen. Denn die Risiken liegen nun beim Staat. Klar, dass die Aktionäre der Banken euphorisch auf die Ankündigung einer Bad Bank in den USA reagierten. Die Bad Bank ist auch das Beste, was ihnen passieren kann. Das volle Risiko aus den Schrottpapieren bleibt beim Steuerzahler hängen und die Banken können wieder Gewinne machen.

Argumente gegen die Bad Bank:

Die Ungerechtigkeit ist das erste und entscheidende, aber nicht das einzige Argument gegen das Modell. Hinzu kommt zweitens die technische Unmöglichkeit, einen adäquaten Preis für die Papiere, die keiner will, zu finden. Zum gegenwärtigen Nullwert ist den Banken nicht geholfen und ein zu hoher Wert schadet dem Staat. Drittens müsste der Staat den Banken quasi eine Blanko-Garantie für die Abnahme aller zukünftig noch faul werdender Kredite geben; denn keiner weiß, welches Engagement der Banken überhaupt noch sicher ist. Werden wegen der um sich greifenden Krise auch noch mehr Kredite an Unternehmen uneinbringbar, wäre auch die Bad Bank ein Fass ohne Boden.

Welche Alternativen sind im Gespräch?

In den USA verfolgt der neue Finanzminister Timothy Geithner nun die Idee eines gemischten öffentlich-privaten Fonds, der die Giftpapiere aufkaufen soll. Private Anleger sollen maßgeblich an der Finanzierung des „Public Private Funds“ beteiligt werden. Wie man Hedge Fonds und andere Investoren dazu bringen will, ist indes unklar. Wenn das nur mit staatlichen Garantien geht, können die Papiere auch gleich bei den Instituten bleiben, die sie heute haben.

Auch in Deutschland kommt eine staatliche Giftmülldeponie im Wahljahr 2009 ganz schlecht an. Das haben scheinbar auch die Politiker begriffen. Schließlich beziffert die Bundesbank das Volumen der Giftmüllpapiere bei den 20 größten deutschen Banken auf 300 Milliarden Euro! Steinbrück und andere rücken daher von der Idee ab. Statt dessen sind Alternativen im Gespräch, die sich alle ziemlich ähnlich sind.

1. Die „CDU-Lösung“

Als mögliche Lösung wird erwogen, auf das Instrument der "Ausgleichsforderung" zurückzugreifen. Bei diesem Modell übernimmt der Staat die Wertpapiere im Tausch gegen eine langfristige Ausgleichsforderung an die Bank. Bei dieser Lösung müsste der Staat den Banken nicht sofort Liquidität, sprich Bares, zur Verfügung stellen. Erst wenn die Giftpapiere fällig werden, muss er für ihren eventuellen Verlust gerade stehen. Dafür würde er während der Laufzeit der Ausgleichsforderung – im Gespräch sind 40 bis 50 Jahre – an den Gewinnen der Banken beteiligt. "Die Banken würden sofort entlastet. Sie wären aber über viele Jahre an der Finanzierung ihrer Problempapiere beteiligt", werden Regierungskreise zitiert.

2. Das „Ring Fencing“ (Umzäunen)

Dabei sollen die faulen Kredite zwar in der Bankbilanz verbleiben, aber von den anderen Aktiva isoliert werden – also quasi auf die Quarantänestation verlegt werden. Für die so abgetrennten Risiken sollen dann staatliche Stützungsmaßnahmen – wie zum Beispiel eine Garantieunterlegung der Papiere – ergriffen werden. Diese Lösung ist aber nur dann besser als die Bad Bank, wenn der Staat im Gegenzug Aktien der Bank erhält, sobald er aus den Garantien leisten muss.

3. Die „Steinbrück-Lösung“

Dabei würden die betroffenen Banken jeweils eigene Bad Banks gründen, die dann durch Garantien des staatlichen Rettungsfonds SoFFin gestützt werden. Es ist also die gleiche Lösung wie das „Umzäunen“, nur dass dazu rechtlich selbstständige Zweckgesellschaften gegründet werden.

4. Die „Geithner-Lösung“

Aus dem Finanzministerium kam auch der Vorschlag, einzelne Bad Banks bei den Banken zu gründen, aber die verbleibenden gesunden Banken sollten zur Absicherung in die Pflicht genommen werden. Wie das genau funktionieren soll, wurde nicht gesagt. Das hört sich ähnlich an wie der US-Plan. Der springende Punkt ist auch hier, wer am Ende finanziell einspringt, wenn auch



die „guten“ Banken ihre Lasten nicht mehr selbst schultern können.

5. Die „schwedische Lösung“

In Schweden waren in den neunziger Jahren alle größeren Banken an den Rand des Ruins geraten. Daraufhin gründete die schwedische Regierung drei nationale Aufnahmegesellschaften, also das, was man heute Bad Banks nennen würde, in die die faulen Kredite aller 134 schwedischen Banken eingebracht wurden. In diesem Prozess wurden einige Banken vorübergehend verstaatlicht. Inzwischen hat die schwedische Regierung ihren Einsatz fast zurück, weil sie die Bankaktien wieder verkaufte, als sich die wirtschaftliche Lage verbessert hatte.

6. Die „britische Lösung: staatliche Ausfallversicherung für faule Kredite“

Die Regierung nimmt den Banken für die Risiken in ihren Bilanzen (rund 200 Milliarden Pfund) zu 90 Prozent das Ausfallrisiko ab. Für diese Ausfallversicherung müssen die Banken eine Gebühr zahlen.

7. Die „Bank der Wirtschaft“

Der Vorschlag kam aus dem Bundeswirtschaftsministerium und wurde gleich wieder dementiert: eine neue Bank soll von privaten liquiden Unternehmen gegründet werden. Die von ihr vergebenen Kredite an die Industrie würden teilweise vom Staat verbürgt. Diese Idee gehört wohl eher ins Kuriositätenkabinett. Schließlich gibt es bereits die staatliche KfW, Landesbanken und Sparkassen. Ein Mangel an Banken ist jedenfalls nicht das Problem der Wirtschaft.

8. Die Beteiligung der Banken am systemischen Risiko

Diese langfristige Lösung schlägt der US-Ökonom Nouriel Roubini vor. Er will den Banken systemische Mindestkapitalvorschriften und eine systemische Versicherung verordnen. Gemeint ist, dass die Banken bisher keinen Anreiz haben, Kosten zu berücksichtigen, die sie dem Rest der Wirtschaft aufbürden, wenn ihr Zusammenbruch eine Systemkrise auslöst, wie es zur Zeit der Fall ist. Die Situation vergleicht Roubini mit der von Unternehmen, die die Umwelt verschmutzen, ohne die Kosten zu tragen. Seine Lösung funktioniert wie folgt: Eine öffentliche Regulierungsstelle misst das systemische Risiko, das von einer Bank ausgeht. Je höher es ist, desto mehr Kapital muss die Bank vorhalten. Jede Institution wäre zusätzlich verpflichtet, Versicherungsschutz für das eigene systemische Risiko zu erwerben. Wenn es dann zu einer Finanzkrise kommt und die Bank Verluste macht, werden die fälligen Versicherungsleistungen für das systemische Risiko nicht an die Bank, sondern an die Regulierungsstelle ausgezahlt.

Der Charme dieser privaten Versicherungslösung ist, dass die Banken in Zukunft die gesellschaftlichen Kosten für die Folgen risikoreichen Handelns selber tragen müssen. Außerdem hätte die Bank einen Anreiz, ihr Risikoverhalten zu reduzieren, um die Versicherungsprämie zu senken.

Die Versicherungslösung kann aber nur ein Modell für die Zukunft sein. Kurzfristige Wege aus der aktuellen Finanzkrise weist sie nicht, da die Banken erst einmal wieder saniert werden müssen.

Die EU-Finanzminister verständigten sich im Februar darauf, dass Bad Banks in der EU einheitlichen Prinzipien und Leitlinien folgen sollten, jedoch unterschiedliche Wege möglich bleiben sollten

Welche der kurzfristigen Lösungen auch kommen wird, sie ist nur dann akzeptabel, wenn sie mindestens drei Kriterien genügen:

1. Kein Endlager beim Staat. Öffentliche Verluste aus der Übernahme von Garantien oder Versicherungen dürfen nicht dauerhaft beim Staat hängen bleiben. Die Banken können kurzfristig entlastet werden, jedoch nur, wenn sie langfristig die Verluste selber abtragen.
2. Kurzfristig müssen sie für Garantien und Versicherungen durch Gebühren in die Pflicht genommen werden.
3. Banken, die die Hilfe in Anspruch nehmen, müssen zur Vergabe von mehr Krediten an die Realwirtschaft verpflichtet werden.

Der Staat als Eigentümer muss ein neues Geschäftsmodell durchsetzen!

Immer mehr angesehene Ökonomen sind zur Lösung der aktuellen zugespitzten Situation für eine Verstaatlichung der Banken, die öffentliche Hilfe in Anspruch nehmen. Kenneth Rogoff, ehemaliger Chef des Internationalen Währungsfonds, zum Beispiel ist der Meinung: „Jede Bank, die Hunderte Milliarden Dollar an Staatsgeldern braucht, sollte besser verstaatlicht werden.“

Dafür gibt es gute Gründe. Wenn der Staat Eigentümer wird, dann ist er nicht nur an den Verlusten, sondern auch an den zukünftigen Gewinnen beteiligt. Dann können die faulen Kredite isoliert und später verwertet werden, und mit dem gereinigten Rest kann wieder ordentliches Bankgeschäft gemacht werden. Dann werden aber nicht Verluste auf den Steuerzahler abgewälzt und Gewinne von den Privaten vereinnahmt, sondern der Staat ist bei beiden Seiten des Geschäfts beteiligt.

Die deutsche Debatte um die Bankenverstaatlichung ist allerdings zum Teil heuchlerisch. Denn de facto ist die Deutsche Bank die einzige noch verbliebene private Großbank. Überall sonst ist der Staat längst mit Milliardenbeträgen im Boot - bei der Commerzbank, den Landesbanken und bald auch der HRE.

Wenn Banken öffentliche Hilfe aus Steuergeldern bekommen, geht es jetzt um mehr als die Frage, wer am Ende die Zeche zahlt. Genauso wichtig ist es, dass der Staat als Bankaktionär Verantwortung übernimmt für die Veränderung des Geschäftsmodells seiner Beteiligungsbanken:



1. Die exzessive Deregulierung und Umverteilung in der Vergangenheit tragen die Hauptschuld an der Finanzkrise. Das Modell hat versagt. Die Menschen haben jetzt Anspruch auf eine gesellschaftspolitische Korrektur. Wenn der Bankensektor für die moderne Wirtschaft so existentiell ist, dass man Banken nicht pleite gehen lassen darf und wenn seine Sanierung Milliarden verschlingt, dann ist er auch zu wichtig, dass man ihn in den Händen privater Gesellschaften lassen kann, die nichts anderes tun werden als weiter den Profit für ihre privaten Aktionäre zu maximieren.
2. Öffentliches Eigentum muss für einen grundlegenden Wandel des Geschäftsmodells genutzt werden. Es sollte als Chance genutzt werden, das deutsche Finanzsystem wieder zu einer Zone finanzieller Stabilität zu machen. Dazu muss der Staat etwas an den Geschäftsprinzipien der Banken ändern. Das wird nicht gehen, ohne dass die Banken mit Staatsbeteiligung restrukturiert und neu dimensioniert werden. Zockergeschäfte werden abgeschafft, aber die Kontenführung der Bürger bleibt. Die Versorgung von großen, mittleren und kleinen Unternehmen durch Banken wird wichtiger, wenn die Abhängigkeit von Hedge Fonds und Private Equity Fonds abnehmen soll. Hier können Banken in ihren alten angestammten Geschäftsfeldern auch in Zukunft wieder gutes Geschäft machen.

All dies hat die deutsche Bundesregierung, wie man der Verlautbarungen im Zusammenhang mit der staatlichen Mehrheitsbeteiligung an der Commerzbank entnehmen kann, gar nicht erst zum Ziel. Sie will sich in die laufenden Geschäfte nicht einmischen. Braucht sie auch nicht.

Aber die Bundesregierung soll sehr wohl Grundsätze und Prinzipien festlegen, an die sich die Banken im öffentlichen Eigentum halten müssen. Als Eigentümer soll sie mitreden, welche Art von Geschäften für Banken mit öffentlicher Beteiligung zulässig sind. Sie kann als Mehrheitsaktionär die Durchsetzung dieser Prinzipien erzwingen. Das laufende Bankgeschäft kann – in einem deutlich zurückgeschnittenen Rahmen – dann getrost von den Experten geführt werden.

Impressum

Wirtschaftspolitische Informationen

01/2009

24. Februar 2009

Herausgeber:

IG Metall Vorstand
Wirtschaft, Technologie, Umwelt
D-60519 Frankfurt am Main

Autoren:

Dr. Margit Köppen

Gestaltung und Vertrieb:

Rosita Jany

Bezugsmöglichkeiten:

IG Metall Vorstand
Wirtschaft, Technologie, Umwelt
D-60519 Frankfurt am Main

Telefon: +49 (69) / 66 93 – 23 65

Fax: +49 (69) / 66 93 - 80 – 23 65

Mail: wi@igmetall.de

online: www.igmetall.de/download

Abonnement der wirtschaftspolitischen Publikationen
per Mail an: sarah.menacher@igmetall.de